

Attraktivität des Arbeitsplatzes Gymnasium verbessern

Resolution der Vertreterversammlung 2019

Niedersachsen gerät im Wettbewerb um Lehrkräfte im Vergleich zu anderen Bundesländern immer mehr ins Hintertreffen. Schlechtere Besoldung, bisher keinerlei Sonderzuwendungen sowie zu geringe Beförderungschancen haben dafür gesorgt, dass unser Bundesland inzwischen zu den unattraktivsten Arbeitgebern fast aller Bundesländer gehört.

Betrachtet man die Besoldung, bieten die meisten anderen Bundesländer ein höheres Einkommen als Niedersachsen. In nicht unerheblichem Ausmaß liegt die Ursache im Fehlen wertschätzender Sonderzuwendungen wie „Weihnachtsgeld“, „Urlaubsgeld“ oder anderer Zulagen, wie sie andere Bundesländer gewähren.

Im Hinblick auf Beförderungen fällt das enorme Süd-Nord-Gefälle bei Gymnasiallehrkräften auf. So kann in Bayern jede Lehrkraft am Gymnasium mit einer Beförderung nach A14 rechnen. Der Anteil der Beförderungstellen in Niedersachsen ist im Ländervergleich zu niedrig. Außerdem erfolgen Beförderungen z.T. aufgrund einer problematischen (oder: fragwürdigen) Interpretation der Kriterien Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung, wie das zumindest in Bezug auf A14-Stellen wiederholt berichtet wird.

Die seit einigen Jahren in erheblichem Ausmaß hinzugekommenen Abordnungen an fremde Schulformen machen den Schuldienst in Niedersachsen noch unattraktiver. Bei diesen flächendeckend erfolgten Abordnungen wird auf die Bedürfnisse sowohl der betroffenen Lehrkräfte als auch auf die der abgebenden und der aufnehmenden Schulen mitunter keinerlei Rücksicht genommen. Ein erhebliches Maß der Verärgerung, Frustration bis hin zur Resignation ist bei Lehrkräften, aber auch Schulleitungen zu beobachten.

Weitere Aspekte, welche die Attraktivität des Lehrerberufs deutlich gemindert haben, sind unter anderem das Fehlen einer angemessenen, besseren Altersermäßigung (wie es sie in anderen Bundesländern gibt), die überbordende Bürokratisierung von Schule, die deutliche Zunahme von unterrichtsfremden Nebentätigkeiten außerhalb des Unterrichts und der immer größer werdende Zeitaufwand für Konferenzen, Gremiensitzungen und andere Tagungen, die den Schulalltag immer länger und kräftezehrender machen.

Eine zukunftsgerichtete und nachhaltige Nachwuchsgewinnung für den Lehrerberuf wird aufgrund der genannten Aspekte – die sich noch erweitern ließen – immer schwieriger. Von einem attraktiven Arbeitsplatz Schule zu sprechen, so wie die Landesregierung dies macht, verbietet sich deshalb von selbst. Die Werbekampagne für Spitzenkräfte im Lehrerberuf wird weitgehend ergebnislos verpuffen.

Ein attraktives Arbeitsumfeld in gut ausgestatteten Schulen muss Ziel der niedersächsischen Schulpolitik sein.

Die Vertreterversammlung fordert vor diesem Hintergrund die Landesregierung dazu auf, den Versprechungen hinsichtlich eines attraktiven Arbeitsplatzes Schule – und damit eines attraktiven Arbeitsplatzes Gymnasium – nun auch Taten folgen zu lassen:

1. die Unterrichtsverpflichtung für Lehrkräfte aller Schulformen muss um mindestens eine Wochenstunde abgesenkt werden,
2. Besoldungsrückstände sind zu beseitigen und die Bezahlung der Lehrkräfte aller Besoldungsstufen (auch und gerade im Vergleich mit der Bundesebene) ist zu verbessern,
3. sämtliche Sonderzuwendungen sind für Lehrkräfte aller Besoldungsstufen in wertschätzender Höhe wieder einzuführen,
4. kontinuierliche Einstellungsmöglichkeiten für Nachwuchskräfte an Gymnasien sind durch eine langfristige und schulformspezifische Bedarfs- und Ausbildungsplanung zu sichern. Hierzu muss die Kooperation zwischen Universitäten, dem Ministerium für Wissenschaft und Kultur, dem Kultusministerium und den Studienseminaren ausgebaut und etabliert werden,
5. die Regelbeförderung nach A 14 ist wiederherzustellen und mehr Beförderungsstellen nach A15 sind zu schaffen,
6. die Abordnungen im Land müssen sofort deutlich reduziert werden. Sie dürfen zukünftig in der Sicherung der Unterrichtsversorgung nur noch einen Ausnahmefall darstellen,
7. eine Altersermäßigung für Kolleginnen und Kollegen ab dem 55. Lebensjahr und eine Erhöhung der Altersermäßigung ab dem 60. Lebensjahr ist unverzüglich wieder einzuführen,
8. eine schulformbezogene Interessenvertretung der Lehrkräfte muss durch die Wiedereinführung des Fachgruppenprinzips im NPersVG wieder ermöglicht werden,
9. der Unterricht muss im Zentrum des Lehrerberufs stehen. Unterrichtsfremde Nebentätigkeiten müssen deutlich reduziert werden, vor allem die zahlreichen Sitzungen in Konzeptentwicklungs- und Arbeitsgruppen, überflüssige Dokumentationspflichten und der Zwang zu einer ständigen Weiterentwicklung und Evaluation schulinterner Curricula,
10. die Eigenverantwortliche Schule muss, um ihrem Namen gerecht zu werden, entbürokratisiert werden und den Lehrkräften wieder mehr pädagogische Freiheiten gewähren,
11. die Zahl der Anrechnungsstunden für Koordinatorinnen und Koordinatoren sowie ständige Vertreterinnen und Vertreter der Schulleiterin oder des Schulleiters ist um zwei weitere Stunden zu erhöhen.

Goslar, 27. November 2019